

8. Bundesgesetz über die befristete Ergänzung der Versicherungsleistungen der Schweizerischen Exportrisikoversicherung

8. Loi fédérale sur l'extension provisoire des prestations de l'Assurance suisse contre les risques à l'exportation

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.019/6497)

Für Annahme des Entwurfes ... 193 Stimmen

Dagegen ... 2 Stimmen

9. Bundesgesetz über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen

9. Loi fédérale sur les aides financières aux organisations de cautionnement en faveur des petites et moyennes entreprises

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.019/6498)

Für Annahme des Entwurfes ... 189 Stimmen

Dagegen ... 5 Stimmen

11.028

Bankengesetz.

Anderung (too big to fail)

Loi sur les banques.

Modification (too big to fail)

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 20.04.11 (BBl 2011 4717)

Message du Conseil fédéral 20.04.11 (FF 2011 4365)

Ständerat/Conseil des Etats 14.06.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 16.06.11 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 15.09.11 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 19.09.11 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 19.09.11 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 21.09.11 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 22.09.11 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.11 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 28.09.11 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 28.09.11

Ständerat/Conseil des Etats 29.09.11 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 29.09.11 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2011 7487)

Texte de l'acte législatif (FF 2011 6897)

Schelbert Louis (G, LU): Die Fraktion der Grünen beantragt, der Revision des Bankengesetzes zuzustimmen. Unsere Fraktion will damit in einem ersten Schritt das beschlossene Minimum über die Hürden bringen. Es ist dies eine Konsequenz aus dem ungeheuerlichen Gebaren der Grossbank UBS, die die schweizerische Volkswirtschaft und unsere Gesellschaft an den Rand einer Katastrophe geführt hat. Niemand hat die Bankoberen zur Rechenschaft gezogen. So können Verantwortliche heute wieder vollmundig auftreten, als wäre nie etwas gewesen. Wir klagen an, dass auch Verantwortliche anderer Banken offenbar nichts gelernt haben, wie neuere Entwicklungen in den USA zeigen.

Ja, es braucht eine starke Regulierung der Grossbanken! Klar ist für uns Grüne, eine Katastrophe, wie sie 2008 wegen der UBS-Verfehlungen drohte, muss in Zukunft weitgehend ausgeschlossen werden. Es darf nicht sein, dass die Volkswirtschaft wegen Fehlern von Bankern extremen Verwerfungen ausgesetzt ist. Die vorliegende Regulierung der Grossbanken ist ein Schritt in diese Richtung. Sie verpflichtet die

Banken zu höherem Eigenkapital. Harte Eigenmittel von rund 5 Prozent sind aber letztlich bescheiden. 10, eher 15 Prozent wären richtiger. In den Augen von uns Grünen muss die Politik aber auch den Mut aufbringen, in die strukturellen Belange der Banken einzugreifen.

Die Hauptgefahr kommt von den global tätigen Universalbanken. Nötig ist die Einführung eines Trennbankensystems. Wir haben eine offen formulierte Motion eingereicht, die breit unterstützt werden kann. Auf diesem Weg liessen sich die Risiken für das normale Bankgeschäft und für die schweizerische Volkswirtschaft faktisch ausmerzen. Dass jetzt weiterhin Risiken bestehen, ist unbestritten. Unverständlich ist, dass die öffentliche Hand diese gratis abfedert, zum wohl der Aktionäre, zulasten der Allgemeinheit. Kantonalbanks leisten dafür eine Abgeltung, die Grossbanken dagegen bleiben ungeschoren. Das halten wir für falsch, doch das ist schon eher ein Detail.

Die grüne Fraktion stimmt der Vorlage zu. Es ist ein Minimum zum Vorteil der schweizerischen Volkswirtschaft. Für uns Grüne werden aber weitere Schritte folgen müssen. Nach der Debatte ist vor der Debatte.

Kaufmann Hans (V, ZH): Die SVP-Fraktion wird das neue «Too big to fail»-Gesetz ablehnen.

Einmal mehr haben wir unter künstlichem Zeitdruck eine Vorlage erarbeitet, die zwar gut gemeint ist, aber die Zielsetzung nicht erfüllt. Das Ziel war doch klar, Grossverluste oder gar ein Konkurs einer systemrelevanten Bank dürfen nicht dazu führen, dass die Schweizer Steuerzahler nochmals Milliardenbeträge für die Banken garantieren müssen. Wir wollten zudem die systemrelevanten Aktivitäten für die Schweizer Wirtschaft sicherstellen. Dieses Ziel haben wir nur teilweise erreicht. Die höheren Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen bilden zwar einen zusätzlichen Puffer, um Verluste abzufedern. Die Details dazu sind aber nur in der Verordnung verankert, sie sind teilweise missverständlich formuliert, und wir riskieren, dass wir mit einer Überdosierung die Banken auch zur Reduktion von inländischen Geschäften, z. B. hinsichtlich ungedeckter KMU-Kredite, zwingen.

Wir haben aber wenig getan, um die Risiken für die Schweiz wirklich zu reduzieren. Eines erscheint heute schon gewiss: Selbst wenn das «Too big to fail»-Gesetz schon in Kraft gewesen wäre, hätten wir die Grossverluste der UBS in London damit nicht verhindert. Wäre der Verlust noch grösser ausgefallen, hätte erneut das Schweizer Stammhaus für die Verluste in London geradestehen müssen. Dies möchten wir eben möglichst vermeiden. Der Bundesrat war aber nicht in der Lage, uns Wege aufzuzeigen, wie wir die Beistandspflicht innerhalb eines Finanzkonzerns reduzieren können. Sie hier im Saal haben es abgelehnt, die Banken mit Anreizen dazu zu bringen, schon heute die physische Abtrennung von systemrelevanten Unternehmensteilen freiwillig und ohne Not vorzunehmen. Wir wollten weiter gehen als Sie, was die Sicherstellung der systemrelevanten Aktivitäten in der Schweiz anbetrifft. Pläne und Vorbereitungen sind gut, eine Umsetzung ist besser. Wenn wir schon wenig für die Risikoreduktion tun, dann soll den Banken wenigstens die Beschaffung von zusätzlichem Eigenkapital erleichtert werden, indem die Zwangswandelanleihen und die Umwandlung nicht nur von der Emissionsabgabe befreit werden. Damit die Cocos, eben diese Zwangsanleihen, auch von Grossinvestoren aus Ländern ohne Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz oder von solchen, die aus administrativen Gründen generell keine Anleihen mit Verrechnungssteuern kaufen, gekauft werden, wollten wir auch die Verrechnungssteuer auf diesen neuen Instrumenten eliminieren. Wir wollten auch die Schaffung weiterer Instrumente zur Eigenmittelbeschaffung offenlassen. Sie haben dies abgelehnt, und es wird sich weisen, ob die Banken trotzdem in der Lage sein werden, die nötigen zusätzlichen Eigenmittel am Markt zu beschaffen. Wenn nicht, befürchte ich auch aus diesem Grund einen Abbau von Dienstleistungen für die Schweizer Wirtschaft. In jedem Fall werden die Grossbanken vieler dieser Cocos im Ausland ausgeben, wo weder Emissionsabga-

ben noch Verrechnungssteuern anfallen, und damit gehen erneut Arbeitsplätze in der Schweiz verloren.

Die Vorlage ist, wie gesagt, zwar gut gemeint, aber im Detail unbefriedigend, und deshalb lehnen wir das vorgeschlagene Gesetz ab.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Für die SP-Fraktion ist diese Vorlage unbedingt notwendig. Wir waren die treibende Kraft hinter der «Too big to fail»-Vorlage. Ich bin froh, dass alle Sabotierungsversuche und Verzögerungsmanöver von bürgerlicher Seite ins Leere gelaufen sind. Für die SP-Fraktion ist auch klar: Diese Vorlage ist erst ein erster Schritt, die Schweiz darf nie mehr in die Situation kommen, dass sie eine Grossbank retten muss, wie das bei der UBS der Fall war. Für die CS und die UBS braucht es mehr Eigenmittel, als hier vorgesehen sind. Wie gross die Risiken des Investmentbankings sind, haben wir spätestens mit dem aktuellen Spekulations- und Betrugsskandal bei der UBS in London gesehen. Das zeigt auch klar, dass das Investmentbanking bei den Grossbanken verboten werden muss. Zum Eigenhandel: Der Eigenhandel gehört auf das geschäftsnotwendige Minimum reduziert.

Und solange die Schweiz nicht eine konsequente Weissgeldstrategie umsetzt, solange noch Steuerhinterziehungsgelder bei den Banken liegen, so lange bleibt die Schweiz erpressbar – das zeigt der aktuelle Fall der CS in den USA, die offenbar – wie andere Banken auch – nichts gelernt hat. Das sind die Hausaufgaben, die in der nächsten Legislatur gemacht werden müssen. Wie gesagt, der Staat darf nicht länger erpressbar sein, und das können wir durchsetzen mit einem ersten Schritt, mit der «Too big to fail»-Vorlage, und weiter gehenden Schritten in der nächsten Legislatur.

Huber Gabi (RL, UR): Die FDP/die Liberalen haben im August 2010 nicht nur Massnahmen gegen die Verhinderung von «Too big to fail» gefordert, sondern auch eigene Vorschläge präsentiert. Den Bericht der Arbeitsgruppe Siegenthaler haben wir von Anfang an mit Überzeugung unterstützt. Die darin geforderten Massnahmen haben wir massgeblich mitgeholfen umzusetzen. Das Parlament tut mit dieser Vorlage einen grossen Schritt: Manager, Aktionäre und Bankengläubiger können nicht mehr mit einer Staatsgarantie rechnen und müssen in einer Krise damit rechnen, selber zu bluten.

Da offenbar nicht sein kann, was nicht sein darf, wiederhole ich es hier: Die FDP-Liberale Fraktion steht geschlossen und überzeugt hinter dieser Vorlage.

Bischof Pirmin (CEg, SO): Ich bitte Sie namens der CVP/EVP/glp-Fraktion, dieser vielleicht historischen Vorlage zuzustimmen. Dieses Parlament hat es geschafft, nach einer schwierigen Situation, in die uns eine grosse Schweizer Bank manövriert hat, eine griffige Gesetzgebung zu verabschieden. Wir sind das erste und bisher einzige Land der Welt, das seinen Grossbanken, von denen wir stark abhängig sind, wirksame Leitplanken setzt. Diese Gesetzgebung verdient unser aller Unterstützung. Wir hätten wenig Verständnis dafür, wenn sie im letzten Moment noch torpediert werden sollte. Unterstützen Sie die Vorlage!

Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Stärkung der Stabilität im Finanzsektor; too big to fail)
Loi fédérale sur les banques et les caisses d'épargne (Renforcement de la stabilité dans le secteur financier; too big to fail)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.028/6499)

Für Annahme des Entwurfes ... 137 Stimmen

Dagegen ... 46 Stimmen

11.048

Abfederung der Frankenstärke. Voranschlag 2011, Nachtrag IIa Atténuation de la force du franc. Budget 2011, supplément IIa

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 31.08.11 (BBl 2011 6749)

Message du Conseil fédéral 31.08.11 (FF 2011 6217)

Ständerat/Conseil des Etats 14.09.11 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 15.09.11 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 20.09.11 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 21.09.11 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.11 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)

Nationalrat/Conseil national 28.09.11 (Dringlichkeitsklausel – Clause d'urgence)

Ständerat/Conseil des Etats 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 30.09.11 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (AS 2011 4497)

Texte de l'acte législatif 1 (RO 2011 4497)

Text des Erlasses 1 (Berichtigung, Art. 58 Abs. 2 ParlG) (AS 2011 4565)

Texte de l'acte législatif 1 (Errata, art. 58 al. 2 LParl) (RO 2011 4565)

Text des Erlasses 2 (BBl 2011 7511)

Texte de l'acte législatif 2 (FF 2011 6921)

1. Bundesgesetz über Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbs- fähigkeit

1. Loi fédérale sur les mesures visant à atténuer les ef- fets du franc fort et à améliorer la compétitivité

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.048/6500)

Für Annahme des Entwurfes ... 125 Stimmen

Dagegen ... 61 Stimmen